

hätte vermeiden können“, „Eisenach beim letzten Fasse Lagerbier“ und „Wie trank, trinkt und trinken wird“. Auch auf Lübedische Verhältnisse beziehen sich manche derselben, wie z. B. das Spottbild auf die Teuerung im Jahre 1847, oder das auf die Gewerbefreiheit, sowie das auf den Postneubau 1884 und manche andere. Besonders interessant ist das satirische Blatt auf den Umbau des Ratsstellers 1875. Daneben findet sich eine ganze Anzahl anderer, die mehr allgemeiner Natur sind; dazu gehören auch die Zeichnungen des 1881 hier erschienenen „Spottvogels“, die Schmidts Hand entstammen. Auch die 14 humorvollen Blätter aus „Frung und Irmenfried“ Lübeck 1880 und der „Lüb. Marzipan, ein süßes Bilderbuch für unser kleines Volk“ Lübeck 1872 fehlen nicht.

Den Schluß der Ausstellung bildet eine stattliche Zahl Zeichnungen, die für den ehemaligen Grünmacher und Formenstecher Schröder in der großen Gröpelgrube hergestellt sind. Schmidt lieferte die zweckentsprechenden, den vorgeschriebenen Raum zwanglos ausfüllenden, sauberen Zeichnungen, die dann Schröder wiederum in kunstvoller Weise als Marzipanformen in Holz schnitzte.

Diese letztgenannten Blätter sind dem Museum von dem Sohne des Marzipanformstechers für die Ausstellung in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt worden. Auch manche der anderen Zeichnungen sind für diesen Zweck von privater Seite aus hergeliehen worden.

Möge diese Ausstellung dazu beitragen, das Interesse für einen künstlerisch begabten Mann wieder wachzurufen und vorbeugen, daß der Name Friedr. Schmidt der Vergessenheit anheimfalle. J. Warnke.

Die Tätigkeit des Lübecker Industrie-Vereins im Jahre 1907.

Wie in den Vorjahren, so bildeten auch im Berichtsjahre den Schwerpunkt der Tätigkeit des Lübecker Industrie-Vereins Arbeiten, die darauf abzielen, die Ansiedelung neuer Industriebetriebe in dem Lübedischen Gebiete zu erleichtern.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß die Aufwendung großer finanzieller Mittel allein für die Heranziehung industrieller Betriebe nach Lübeck nicht genügt, sondern daß gleichzeitig Maßnahmen getroffen werden müssen, die den Gang der Verhandlungen bei industriellen Ansiedelungen wesentlich vereinfachen. Der Verein hat sich daher eingehend mit der Frage befaßt, wie hierin Abhilfe geschaffen werden könne. In einer zahlreich besuchten Versammlung im Februar, in der Herr Dr. Riessen in umfassender Weise „zur Lübedischen Industriepolitik“ sprach,

wurden die einschlägigen Gesichtspunkte einer gründlichen Erörterung unterzogen und als Ergebnis der Beratungen einmütig die Forderung aufgestellt, daß eine Zentralstelle geschaffen werde, die das Recht erhalte, Verkäufe von industriellen Terrains selbständig abzuschließen und allgemeine Bedingungen für die Ansiedelung von Fabriken festzusetzen, und daß in diese Instanz mehrere Industrielle als Mitglieder mit beschließender Stimme gewählt werden. Erfreulicherweise ist die Berechtigung dieser Forderung sowohl von der Handelskammer wie von den gesetzgebenden Körperschaften anerkannt worden. Es ist demgemäß dem Finanzdepartement die Befugnis übertragen worden, gewisse staatliche Gelände im Umfang von etwa 1000 Hektar selbständig, also ohne Genehmigung durch Rat- und Bürgerbeschluß, die bisher erforderlich war, für den Anbau von Industrien und die dazu notwendigen Wohnungen zu veräußern. Ferner ist unter dem Namen eines Industrieausschusses aus Mitgliedern des Finanzdepartements und der Baudeputation sowie aus Sachverständigen, die von der Handelskammer und der Gewerbekammer abgeordnet werden, eine Kommission gebildet worden, die das Finanzdepartement in allen den Verkauf von Industrieländereien betreffenden Angelegenheiten gutachtlich zu beraten und die dem Verkauf vorausgehenden Verhandlungen zu führen hat. Es erscheint die Erwartung berechtigt, daß sich als Folge dieser organisatorischen Maßnahme eine erhebliche Förderung in der Ansiedelung neuer Industrien ergeben und damit die großen, staatlicherseits für Industriezwecke aufgewendeten Mittel allmählich nutzbar gemacht werden.

Eine wesentliche Vorbedingung für die Entwicklung und das Gedeihen der Industrie bildet die ausreichende Beschaffung billiger und gesunder Arbeiterwohnungen. Zurzeit wohnen die Arbeiter, die von den Fabriken in dem traveabwärts gelegenen Lübedischen Industriegebiet beschäftigt werden, entweder in Häusern, die von den Fabriken selbst in ihrer Nähe gebaut worden sind, oder in Häusern von Dorfschaften, die teilweise recht erheblich von den Fabriken entfernt liegen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein solcher Zustand der angestrebten Entwicklung unserer Industrie nicht zuträglich ist. Die weite Entfernung der Heimstätten der Arbeiter von den Arbeitsstätten schädigt sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Die Unterbringung von Arbeitern in Fabrikwohnungen stellt an das Betriebskapital der Fabriken so hohe Anforderungen, daß sie den industriellen Unternehmern nicht immer und jedenfalls nur in beschränktem Maße zugemutet werden kann. Eine Abhilfe erscheint dringend notwendig, wenn nicht der Betrieb der bestehenden Fabriken leiden, die Errichtung neuer Fabriken erschwert werden soll.